



**Generalstaatsanwaltschaft
Berlin**
Pressestelle



**Staatsanwaltschaft
Frankfurt (Oder)**
Pressestelle



BUNDESPOLIZEI

Bundespolizeidirektion Berlin
Pressestelle

Tel.: 030 9014-2470 Fax: 030 9014-2008	Tel.: 0335 5548-9640 Fax:	Tel.: 030 91144-4050 Fax: 030 204561-3902
---	------------------------------	--

Gemeinsame Meldung

Datum: 5. Juni 2024

Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Über 50 Durchsuchungsbeschlüsse wegen des Verdachts der bandenmäßigen Urkundenfälschung und des Verschaffens falscher amtlicher Ausweise vollstreckt

Die Bundespolizei ist im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin und der Schwerpunktabteilung zur Verfolgung der organisierten Kriminalität im Land Brandenburg der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) in einem Großeinsatz gegen mutmaßliche Empfänger von verfälschten und totalgefälschten Aufenthaltstiteln, ID-Karten sowie Führerscheinen vorgegangen und hat heute 38 Objekte in Berlin sowie zwölf Objekte in Brandenburg und eins in Mecklenburg-Vorpommern durchsucht.

Vorausgegangen sind Ermittlungen gegen eine Gruppe mutmaßlicher Urkundenfälscher, die von der Türkei aus weltweit Dokumente versendet haben sollen. Den Tatverdächtigen in der Türkei wird banden- und gewerbsmäßige Urkundenfälschung vorgeworfen. Im Rahmen von verdeckten Maßnahmen konnte der Verkauf von verfälschten oder totalgefälschten Identitätspapieren über soziale Medien ermittelt werden. So soll die mutmaßliche Bande in den Jahren 2021 und 2022 aus der Türkei weltweit mehr als 9.000 verfälschte oder gefälschte Ausweispapiere versandt haben, von denen mehr als 2.000 verfälschte europäische Reisedokumente bzw. ID-Karten per Post nach Europa verschickt wurden. Darunter befanden sich rund 920 Postsendungen nach Deutschland.

551 Tatverdächtige konnten bislang identifiziert werden. Gegen sie sind Strafverfahren wegen des Verschaffens von falschen amtlichen Ausweisen bzw. aufenthaltsrechtlichen Dokumenten durch deren Einfuhr nach Bestellung über Online-Portale eingeleitet worden.

Allein in Berlin und Brandenburg konnten 50 Wohnanschriften ermittelt und am heutigen Mittwoch durchsucht werden.

Die Durchsuchungen richteten sich gegen die Empfänger der jeweiligen Postsendungen. Durch die Sicherstellung der Ausweispapiere und anderer Unterlagen wie auch Datenträgern sollen aber nicht nur deren Nutzung, womöglich auch zur Begehung weiterer Straftaten unter falschen Personalien, verhindert werden. Es soll zudem das Täterumfeld der aus der Türkei agierenden Bande erhell werden.

Die Durchsuchungen erfolgten in allen zwölf Berliner Stadtbezirken, in den Brandenburger Orten Templin, Wittstock/Dosse, Potsdam, Teltow, Frankfurt (Oder), Eberswalde und Stahnsdorf sowie in Ahlbeck (Mecklenburg-Vorpommern).

Es konnten umfangreiche Beweismittel wie ein gefälschter italienischer Führerschein, eine gefälschte ukrainische ID-Karte, zwei belgische Reisepässe, zwei gefälschte deutsche Aufenthaltstitel und zwei gefälschte belgische Aufenthaltstitel aufgefunden werden.

In einem Objekt in Berlin konnte eine mögliche Fälscherwerkstatt festgestellt werden. Hier stellten die Einsatzkräfte einen Thermodrucker und Druckerplatten, die für die Herstellung von gefälschten ID-Karten geeignet sind, sicher. Zudem konnten Bankkartenrohlinge aufgefunden werden.

Des Weiteren fanden die Beamtinnen und Beamten im Keller eines Durchsuchungsobjektes in Berlin Tempelhof-Schöneberg 12.500 Bargeld auf und stellten dies sicher.

Zudem wurden Mobilfunkgeräte, Waffen wie z.B. ein Butterfly-Messer, Teleskopschlagstock mit Springmechanismus, zwei Schreckschusspistolen sowie ein Schlagring- und 13 Platzpatronen fest- und sichergestellt.

Während der Durchsuchungsmaßnahmen konnten neun unerlaubt aufhältige Personen (4 Syrer, 2 Serben, 2 Vietnamesen und 1 Ghanaer) in Gewahrsam genommen werden.

Ferner fanden die Einsatzkräfte in einem Objekt in Charlottenburg-Wilmersdorf Betäubungsmittel. Hierbei handelt es sich um etwa 24 kg Marihuana mit einem Straßenverkaufswert von ungefähr 240.000 €

An den Durchsuchungen in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern waren 300 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten und eine gemeinsame Streife von Bundespolizei und Zoll beteiligt.